

ENTWURF

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/DIE GRÜNEN, SPD... (*interfraktionell angestrebt*)

Errichtung eines Mahnmals zur Erinnerung an die massenhafte Beraubung europäischer Juden durch das NS-Regime und die Beteiligung bremischer Unternehmen, Behörden und Bürgerinnen und Bürger

Bereits kurz nach der „Machtergreifung“ im Jahr 1933 begannen die Nationalsozialisten mit der „Arisierung“. Die Juden in Deutschland wurden aus ihren beruflichen Stellungen und dem Erwerbsleben verdrängt. Nach und nach wurde ihnen auch ihr Eigentum genommen. Die „Arisierung“ hatte in den norddeutschen Hafen- und Logistikstandorten Bremen und Hamburg besondere Dimensionen. Zahlreiche jüdische Familien verließen Deutschland über Bremerhaven und mussten dort häufig ihren Besitz zurücklassen. Dieser wurde dann auf sogenannten „Juden-Auktionen“ zugunsten der Finanzbehörde versteigert. Bremer Bürgerinnen und Bürger nutzten die Gelegenheiten und erwarben auf den Versteigerungen Möbelstücke und Wertgegenstände. Bremer Behörden, Bürger und Unternehmen profitierten von diesen Vorgängen in vielfältiger Weise, wie das Bremer Finanzressort in seiner viel beachteten Ausstellung „Ausplündern und Verwalten“ aufgearbeitet hat. Noch heute befindet sich manches schöne Möbel in Bremer Wohnzimmern und bietet Anlass, sich mit der eigenen Familien - Geschichte zu beschäftigen.

Bremen profitierte nicht nur von der Auswanderung, sondern, wie Hamburg, auch von der massenhaften Beraubung europäischer Juden durch das NS Regime im Rahmen der „Aktion M“. M“ steht für Möbel. Die „Aktion M“ hatte das Ziel, aus dem von der Wehrmacht besetzten Frankreich, aus Belgien und den Niederlanden möglichst große Teile des Besitzes der geflüchteten oder deportierten jüdischen Bevölkerung nach Deutschland zu schaffen.

Zwischen 1942 und 1944 wurde die komplette Einrichtung von etwa 70.000 Wohnungen und Häusern nach Deutschland transportiert. Etwa 500 Frachtschiffe und 735 Züge mit insgesamt 29.463 Waggon-Ladungen kamen zum Einsatz. Der damalige „Gau Weser-Ems“ profitierte in besonderer Weise: Er erhielt fast ein Drittel der unter den „Gauen“ des Reichs verteilten jüdischen Habe aus Westeuropa. Insbesondere mit sog. „Hollandmöbeln“ wurde der Gau bedacht.

Die extrem vergünstigte, für manche kostenlose Ware galt als „siegwichtig“ im Sinne der Aufrechterhaltung der „Kriegsmoral“. In Städten wie beispielsweise Lüttich wurde der Sicherheitsdienst (SD) beauftragt, die Massenverhaftung jüdischer Einwohner zu beschleunigen, damit deren Möbel beschlagnahmt werden konnten. 2017 jähren sich zum 75. Mal der Beginn der „Aktion M“ und die Ankunft des ersten Frachters, der jüdischen Besitz von Amsterdam nach Bremen brachte.

Als Logistiker waren hieran auch noch existierenden Bremer Unternehmen beteiligt. Die Bremische Bürgerschaft nimmt neben dem 75. Jahrestag auch die anstehende Umgestaltung des damaligen Hauptsitzes des Unternehmens Kühne+Nagel zum Anlass, eine öffentliche Beschäftigung mit dieser Geschichte einzufordern. Diese Idee nimmt Bezug auf die Initiative der Tageszeitung „taz“, die einen Ideen- und Gestaltungswettbewerb für ein Bremer „Arisierungs“-Mahnmal ausgelobt hatte.

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

1. Die Stadtbürgerschaft spricht sich dafür aus, dass Bremen mit dem Bau eines „Arisierungsmahnmals“ an die Beraubung der vertriebenen und ermordeten Juden erinnert und dabei die besondere Rolle unserer Stadt, ihrer Institutionen und Unternehmen benennt, aber auch die zahlreiche Beteiligung der privaten Profiteure in der Bevölkerung.
2. Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, in den hierfür zuständigen Gremien, Beschlüsse zur Errichtung eines solchen Arisierungsmahnmal anzuregen und bei diesen Entscheidungsprozessen insbesondere auch einem Standort im Umfeld des Neubaus von Kühne+Nagel einzubeziehen.
3. Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, eine Drittel der Kosten für ein solches Arisierungsmahnmal bereitzustellen, bei noch heute als Unternehmen in Bremen bestehenden und damals an der „Aktion M“ beteiligten Firmen eine zumindest gleichhohe finanzielle Beteiligung einzuwerben und im Falle eines restlichen Finanzierungsbedarfes Spenden engagierter Bürger zu erbitten.

Robert Bücking, Dr. Kirsten Kappert-Gonther, Dr. Maike Schaefer
und Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Arno Gottschalk, Jürgen Pohlmann, Björn Tschöpe
und Fraktion der SPD